

Strategien imperialer Legitimation und Integration

Veranstalter: Teilprojekt A 11 „Imperiale Deutungsmuster: Das Imperium Romanum als politische Reflexionskategorie“ des Sonderforschungsbereichs 644 „Transformationen der Antike“, Humboldt-Universität zu Berlin

Datum, Ort: 24.11.2011-25.11.2011, Berlin

Bericht von: Nele Dehnenkamp/Vincent Rzepka, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

In den vergangenen Jahren hat das vorher weitgehend gemiedene Konzept des Imperiums als Modell großräumiger Ordnungen eine verstärkte Aufmerksamkeit gefunden. Dass mit ihnen jedoch nicht nur besondere Handlungslogiken verbunden sind, sondern auf ihnen auch ein spezifischer Legitimitätsdruck lastet, ist bisher eher wenig systematisch beleuchtet worden. Dieses Desiderat nahm die Tagung „Strategien imperialer Legitimation und Integration“ zum Ausgangspunkt, um zu einer Beschreibung dieses Legitimitätsdruckes, seiner spezifischen Herausforderungen und der beobachtbaren Umgänge mit ihm anzusetzen.

In seiner Einführung eröffnete HERFRIED MÜNKLER (Berlin) zwei grundlegende Richtungen, in die die Legitimationsbemühungen von Imperien gehen müssen: Einerseits fehle durch den Exzeptionalitätsanspruch des Imperiums von außen eine existentielle Legitimitätsgarantie, die für Nationen durch ein System sich gegenseitig anerkennender Staaten gewährleistet ist. Andererseits sei aufgrund seiner internen Heterogenität und des Zentrum-Peripherie-Gefälles auch stets die innere Legitimität des Imperiums prekär. Nachdem Beute als innerer Legitimationsmechanismus kaum mehr möglich sei, könne hier nur das Friedens- und Wohlstandsversprechen für die Mitglieder des Imperiums wirksam sein, das aber – wie die aktuelle Finanzkrise in Europa zeige – ebenso erosionsanfällig sei wie die Sicherung eines kollektiven Gutes als Garantie für externe Legitimität.

Um die Frage des Umgangs mit diesen Herausforderungen zu untersuchen, warf EVA

HAUSTEINER (Berlin) einen Blick auf die Legitimationsdiskurse des spätviktorianischen British Empire. Ausgehend von den Ausführungen Helmut Königs zum Verhältnis von Gedächtnis und Politik stellte sie die These auf, dass Imperien eine von Nationen prinzipiell verschiedene Legitimationspraxis verfolgten, indem sie sich auf Vergangenheit stützten, dabei aber auf den Rekurs auf ein kollektives Gedächtnis verzichteten. Mit Max Webers Ausführungen zu den Erinnerungsgemeinschaften lasse sich sagen, dass Nationen durch den Glauben an eine gemeinschaftliche Geschichte eine Selbstlegitimation vollziehen und ihre Legitimationsstrategie somit als narrative Vergemeinschaftung verstanden werden könne. Imperien hingegen können aufgrund der von Münkler genannten Gründe auf diese kohäsive Strategie der Legitimation nicht zurückgreifen. Sie würden hingegen in einer *translatio imperii* auf eine eschatologisch konzipierte Genealogie zurückgreifen, die gleichsam Exzeptionalität und Legitimität verbürge. Infolge der Säkularisierung aber sei ein neuer Mechanismus der Legitimation erforderlich geworden, den Eva Hausteiner als Analogisierung ohne Genealogie kennzeichnete. Sie arbeitete an zahlreichen Beispielen heraus, dass der selbstreflexive Vergleich mit früheren, allelopoietisch konstruierten Imperien dabei einerseits die Optimierung des eigenen imperialen Handelns ermögliche, andererseits über die Inszenierung einer Fortschrittsannahme die Vergleichsgröße überboten und der Exzeptionalismus des Imperiums wiederum ausgestellt werde.

CHRISTIAN LEKONS (Lefke) Vortrag stellte daraufhin dieser interimperialen Vergleichsdimension den Vergleich von Zentrum und Peripherie zur Seite: Ebenfalls am Beispiel des British Empire verfolgte er die Relevanz zeitlicher Codes für die Legitimierung von Imperien. In einer Analyse der Erinnerungen der Kolonialbeamten Ingrams und Allfree machte Lekon deutlich, dass diese den Orient als primär statisch verstehen und ein sekundärer zyklischer Geschichtsablauf nur zur Wiederkehr des Immergleichen führe, sodass auch die britische Kolonialherrschaft dies nicht zu stören vermag. Im Widerspruch dazu aber finden sich bei Ingrams außerdem Regionen im Umbruch zur Moder-

ne – hier erscheine das British Empire als legitimer Geburtshelfer eines Orients, der sich auf der linearen Zeitachse nach vorne bewegt. Wie in Joseph Conrads Novelle *Heart of Darkness* erscheine dabei die räumliche Reise gleichsam als Zeitreise. Für Conrads Hauptfigur verschränkten sich dabei aber mehrere Ebenen linearer Geschichtsvorstellungen: Der Ort der Handlung – der vom belgischen König regierte Freistaat-Kongo – werde mit dem Römischen Reich parallelisiert und die Kongoleesen mit den antiken Briten gleichgesetzt. Dabei liege Rom ebenso wie Belgien auf dem linearen Zeitstrahl weit vor den jeweiligen Kolonialiserten. Da Rom wie Belgien allerdings als Plünderer ihrer Kolonien inszeniert seien, werde das British Empire beiden als zeitlich voraus und damit legitimes Empire ausgestellt. In ihren Legitimationsstrategien nutzen Imperien, so Lekon, also ein relatives Zeitverständnis, indem sie die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie mit zeitlich-rückständigen und dynamisch-fortschrittlichen Zeitcodes koppeln, um so entweder als Modernisierungshelfer oder als Kolonisatoren ohne störenden Effekt Legitimation zu generieren. Dabei erheben Imperien, wie Herfried Münkler in der Diskussion noch einmal verdeutlichte, noch darüber hinaus den Anspruch, die Herren der Zeit zu sein.

Die Legitimationsbedürftigkeit der imperialen Kolonisation im 19. Jahrhundert betrachtete BENEDIKT STUCHTEY (London) aus einer anderen Perspektive: Er nahm die Diskurse um das Verhältnis von *Imperium et Libertas* – wie Holland sein 1901 erschienenes Buch nannte – in den Blick und zeigte auf, dass diese sich keineswegs zwingend gegenseitig ausschließen, sondern ebenso komplementär wirken können. So haben Locke, Smith oder Bentham sich zuhause zwar für Pazifismus und bürgerliche Emanzipation eingesetzt, unterstützten aber die imperialen Positionen. Um dieses vermeintliche Paradox der Kollaboration von Liberalismus und Imperialismus aufzuheben, ging Stuchtey den Diskursen der Zeitgenossen nach und legte frei, wie sich die legitime Expansion aus den Werten des Zentrums erkläre. In Großbritannien sei dabei unter anderem von Edmund Burke insbesondere auf die Verbindung von

Frieden, Gerechtigkeit und Verfassung rekuriert worden. Diese Trias könne die Expansion insofern legitimieren, als dass sie fähig sei, Macht und Freiheit zu verbinden, indem rationale Herrschaft Machtausübung kontrolliere. Erst mit dem Hochimperialismus sei diese Verbindung von *Libertas* und *Imperium* zerfallen und erstere zugunsten der über den Rassediskurs legitimierten Expansion zurückgedrängt worden. Allerdings existierte auch hier ein Diskurs, der insbesondere von John R. Seeley geprägt wurde und das British Empire zu einem globalen Hegemonialstaat überhöhte. Diese Rechtfertigung von Expansion über die Förderung nationaler – mithin liberaler – Werte als globalen Leitgedanken lasse sich dabei, so Stuchtey, auch in Frankreich und Deutschland beobachten. Für die Vertreter dieses Diskurses liege dann die legitimatorische wie existenzielle Gefährdung des Imperiums nicht in der Überdehnung, sondern im Zentrum des Imperiums selbst.

Der erste Tagungstag fokussierte damit die narrative Dimension imperialer Legitimation, die auch auf Initiative des Kommentars von MICHAEL GEHLER (Hildesheim) in der Diskussion noch einmal vertieft wurde. So stelle sich die Frage, welche Rolle Städte und Regionen als Erinnerungsorte für imperiale Legitimationsnarrative spielten, da sie eigentlich den klassischen Kern nationaler Legitimationsmuster ausmachen. Es lässt sich jedoch im Anschluss an die Vorträge ein Blick auf die Performativität der Erzählungen der Historiker werfen. So verwies Benedikt Stuchtey im 19. Jahrhundert, und der wiederkehrende Hinweis auf den Einfluss Niall Fergusons' unterstreicht die Aktualität dieser Fragestellung. Abgeschlossen jedoch wurde dieser erste Konferenztag mit einer intensiven Debatte zwischen Ulrike von Hirschhausen und Herfried Münkler um die Nützlichkeit einer Dichotomisierung von See- und Landimperien. Plädierte erstere dafür, sich von solchen Dichotomien zu verabschieden, da sie synchron innerhalb eines Imperiums existieren, betonte Herfried Münkler den analytischen Vorteil der modelltheoretischen Binärcodierung, die nicht nur das Erfassen von Hybridbildungen erst ermögliche, sondern auch eher fähig sei, das Denken der Akteure zu greifen.

Die zweite Sektion rückte unter der Moderation von Ulrike von Hirschhausen (Rostock) die Transformation imperialer Legitimationsstrategien und Politikstile in den Fokus des Interesses. Aus einer historiographischen Perspektive illustrierte zunächst JÖRN LEONHARD (Freiburg) die imperiale Adaption historisch gewachsener Legitimitätsvorstellungen an zeitgenössische Herausforderungen. Als Fallbeispiel dienten hierfür die multiethnischen Empires des 19. Jahrhunderts. Diese waren spätestens seit Mitte des Jahrhunderts durch das Konzept des ethnisch homogenisierenden Nationalstaats unter erhöhten Rechtfertigungszwang geraten. Die Ideale der Rechtsgleichheit und Partizipation, aber auch die ökonomische wie militärische Effizienz des nationalstaatlichen Ordnungsmodells forderten das Empire mit seiner bis dahin dynastisch-religiösen Legitimitäts- und Integrationsgrundlage heraus. Dem begegneten die multiethnischen Großreiche Europas, wie Leonhard exemplarisch am Funktionswandel der Monarchie offenlegte, mit nationalstaatlichen Anleihen: Im „nationalisierenden Imperium“ habe das dynastische Moment der Monarchie der wachsenden Bedeutung nationaler Loyalitäten Tribut gezollt und war zu Gunsten einer politischen Repräsentation zurückgetreten. Die darüber hinausgehenden, vielfältigen Konvergenzprozesse zwischen imperialem Ordnungsmodell und Nationalstaat wie beispielsweise die Übernahme nationaler Integrationsmuster haben jedoch die für das Empire traditionell charakteristische Flexibilität eingeschränkt und so vielerorts zu neuen Legitimitätskrisen geführt.

Der differierenden Lesarten amerikanischer Außenpolitik in den Theorien der Internationalen Beziehungen nahm sich SEBASTIAN HUHNSHOLZ (München) in seinem Vortrag an. Die gegenläufigen Analysemodelle der Internationalen Beziehungen stellen nicht die Existenz eines „American Empire“ als solches infrage, sondern müssen vielmehr als Beschreibungsvarianten verdeckter Imperialität verstanden werden. Die starren Klassifikationssysteme der Disziplin, die für Huhnholz auf den Gegensatz von Idealismus und Realismus zurückgeführt werden können, scheitern an der Komplexität imperialer Herrschaftspraxis. Die üblicherwei-

se historisch nur dürftig fundierten Theorien der Internationalen Beziehungen verkennen schlichtweg, so Huhnholz, wie die Großreiche der Geschichte ihren Einfluss stets im Rückgriff auf diverse und zugleich diffuse Formen der Machtausübung organisiert haben. Aus ihrer ahistorischen Perspektive erscheine das für die amerikanische Außenpolitik konstitutive Wechselspiel von expansiven und isolationistischen Phasen nicht als imperiale Zyklizität, sondern schlechterdings als nationalgeschichtlicher Sonderfall, dessen Ausprägungen zugleich die alternierenden Konjunkturen von idealistischen und realistischen Interpretationsmöglichkeiten bedingen.

Ausgehend von Carl Schmitts Intensitätsmodell des Politischen fragte ANDREAS LOTZ (Berlin) daraufhin nach der legitimitätsstiftenden Funktion einer Feindkonstruktion für imperiale Ordnungsmodelle. Die Figur des Piraten, wie sie Cicero formulierte, dechiffrierte Lotz' genealogische Analyse als das Resultat imperialer Definitionsmacht. Mit der *lex de provinciis praetoriis* aus dem Jahr 100 v.Chr. wurden Piraten zum Feind des römischen Reichs und all ihrer Verbündeten erklärt. Im Unterschied zur Gestalt des Barbaren wurde der Pirat von Cicero zwar als sprach- und vernunftbegabtes Wesen ausgewiesen, aber dennoch außerhalb der menschlichen Gemeinschaft angesiedelt und war insofern kein öffentlicher Feind im Sinne eines *iustus hostis*. Ihm gegenüber musste weder eine offizielle Kriegserklärung ausgesprochen werden, noch galten die Regeln des rechtmäßigen Kampfes. Mithin konnten legitime Feinde als rechtlose Seeräuber oder ihre Verbündeten denunziert werden, um hinter dem Schleier der Pirateriebekämpfung militärische Handlungen des imperialen Zentrums zu rechtfertigen. Zugleich diente die vor allem an peripheren Küstenregionen präsente Furcht vor der Piraterie dazu, Unterstützung für militärische Einsätze zu gewinnen, aber auch Gehorsam bei der Bevölkerung in kolonialisierten Gebieten zu generieren. Die Zuschreibung des Piratenstatus ermöglichte es den imperialen Eliten, „souveräne Zwischenräume“ zu konstituieren, in denen die Regeln des rechtmäßigen Kampfes suspendiert sind. Auch Gemeinschaften, die vorher Teil des Imperiums waren, oder legitime Feinde konnten

so verbannt bzw. legitim bekämpft werden, ohne dabei gegen die eigenen Imperative der Kriegsführung zu verstoßen.

Einen besonderen Akzent setzte zum Abschluss DANIEL HILDEBRANDT (Mainz): Er widmete seinen thesenreichen Vortrag dem Rüstungsverhalten imperialer Großreiche. Truppenreduktionen als Moment der Herrschaftsrationalisierung, so zeigte seine vergleichende Betrachtung von Imperium Romanum, British Empire, Sowjetunion und USA, bleiben auf vormoderne, monokratisch legitimierte Imperien beschränkt. Das Beispiel Rom illustrierte eine politische Praxis in den kolonialisierten Gebieten, die auf Herrschaftsabsicherung durch kulturellen Wandel, vor allem aber zivilisatorische Entwicklungsarbeit zielte. Derartige Legitimationsstrategien – die im Falle des British Empire als Pragmatismus prominent wurden – führten zu einer politischen Stärke, die Strategien der Abrüstung nach sich zogen. Dieses imperiale Selbstvertrauen als Mut zur „non-intervention-policy“ stellt für Hildebrandt das grundlegende Unterscheidungsmerkmal zum modernen Empire dar. Während, mit Hegels Diktum gesprochen, der (römische) Kaiser nur *herrschte*, zwingen die spezifischen Bedingungen der Postmoderne die Eliten der Nachkriegsimperien zum *Regieren*. Ihre ideologische, aber auch juristisch-institutionelle Selbstverpflichtung erlaube lediglich eine eingeschränkte Herrschaftsrationalisierung. Schließlich vermöge das zeitgenössische Empire, wie Negri und Hardt argumentieren, auch auf dem Kulminationspunkt seiner Macht sich nicht seiner eigenen (militärischen) Schlagkraft zu berauben, gerade weil es den Einsatz von Gewalt in den Dienst von Recht und Frieden stelle.

PETER RUDOLF (Berlin) wies daran anknüpfend in seinem Kommentar auf die Problematik moderner Kriegsdiskurse hin, die wesentlich durch die aus einer imperiumstheoretischen Perspektive historisch neuen Verbindung von Demokratie und Gewaltherrschaft gekennzeichnet sei. In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, wie die Konstruktion eines rechtlosen, dehumanisierten Feindes im Sinne des antiken Piraten als imperiumsapologetische Strategie wirkmächtig wird. Ein zeitgenössisches Beispiel könnte

hier, wie unter anderem Rudolf selbst anführte, in der strategischen Semantik des American Empires zu finden sein. Die Delegitimierung politischer Feinde durch die Bezeichnung als ‚Schurkenstaaten‘ könne auch als Versuch verstanden werden, militärische Interventionen als *bellum iustum* auszuweisen und diese vor einer demokratischen Bevölkerung zu rechtfertigen. Gleichsam erkannte Jörn Leonhardt keinen Widerspruch zwischen demokratischer Struktur und imperialer Handlungslogik, insoweit die demokratische Verfasstheit eines Systems im Inneren logisch keine Gewaltfreiheit nach Außen implizieren müsse. Diesen Schluss indes bestätigte Sebastian Huhnholz und verwies auf gewaltsam aufgezwungene Demokratisierungsprozesse, die gegenwärtig unter dem legitimatorischen Deckmantel des „imperialen Antimperialismus“ verdunkelt werden.

Mit diesem zweiten Tag ergänzte die Tagung den Blick auf die Modi der Legitimierung um eine Fokussierung auf die strategische Dimension der selektiven Konstruktion imperialer Legitimationsentwürfe. Insgesamt gelang es der Tagung damit, zahlreiche Facetten des wenig beachteten Forschungsgebiets imperialer Legitimation zu beleuchten und untereinander so zu verweben, dass ein fundierter Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen geschaffen wurde. Mit Blick auf die Konkurrenz von Imperien, Staaten und supranationaler Organisationen oder die renovierte Vorstellung gerechter Kriege leisten diese auch einen Beitrag zum Verständnis gegenwärtiger politischer Prozesse.

Konferenzübersicht:

Herfried Münkler (Berlin): Begrüßung und Einführung

Sektion 1

Moderation: Herfried Münkler

Eva Marlene Hausteiner (Berlin): Imperial(e) Geschichte denken: die historische Imagination imperialer Eliten

Christian Lekon (Lefke): „Die zeitlichen Codes in der Legitimation kolonialer Imperien“

Benedikt Stuchtey (London): Ein liberales Weltreich? Westeuropäische Diskurse im 19. Jahrhundert

Kommentar von Michael Gehler (Hildesheim)
und Diskussion

Sektion 2

Moderation: Ulrike von Hirschhausen (Rostock)

Jörn Leonhard (Freiburg): Wie legitimieren sich multiethnische Empires im langen 19. Jahrhundert?

Sebastian Huhnholz (München): Politische Machttheorien des Internationalen als Beschreibungsvarianten verdeckter Imperialität

Andreas Lotz (Berlin): Über die Konstruktion von Feindschaft als Mittel der Legitimierung imperialer Ordnung

Daniel Hildebrand (Mainz): Augusteische Schwelle als Herrschaftsrationalisierung – wann sind Truppenreduzierungen Symptom politischer Stärke?

Kommentar von Peter Rudolf (Berlin) und Diskussion

Tagungsbericht *Strategien imperialer Legitimation und Integration*. 24.11.2011-25.11.2011, Berlin, in: H-Soz-u-Kult 02.03.2012.